

Als Präsidentin der Schweizerischen **Lauterkeitskommission** hatte die Freiburger CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach am Rande der Session einen Auftritt vor der Parlamentsgruppe «Medien und Kommunikation». Die Kommission ist ein Musterbeispiel für Selbstregulierung, und Bulliard möchte, dass dieses Prinzip noch öfter zur Anwendung kommt.

Botschafterin für Selbstregulierung

URS HAENNI

Ich habe gar nicht gewusst, dass du so schön reden kannst.» Dies sagte die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Badran am Mittwoch zu ihrer Freiburger Ratskollegin Christine Bulliard-Marbach (CVP), nachdem diese im edlen Berner Restaurant Clé vor der Parlamentsgruppe «Medien und Kommunikation» gesagt hatte: «Es braucht uns, wir sind wichtig, wir tragen dazu bei, Geld und Zeit zu sparen.»

Mit «wir» meinte Bulliard die Schweizerische Lauterkeitskommission (siehe Kasten), die sie seit vier Jahren präsidiert. «Die Lauterkeitskommission verhindert zusätzliche Gesetze», sagte sie vor den rund 40 Zuhörern aus dem Parlament sowie der Medien- und Werbebranche. Als Beispiel nannte sie das Konsumkreditgesetz: Als im Bundeshaus über dieses debattiert wurde, wurde die Lauterkeitskommission als unabhängige Beschwerdestelle gepriesen. «Wir sagen, wo unlautere Werbung beginnt», erklärte Bulliard. Die Wirtschaft schätze das unbürokratische und schnelle Vorgehen, und die Konsumenten wollten einzig und allein Fairness in der Werbung, so die Nationalrätin.

In den Spuren Leuthards

Das Lob Badrans für Bulliards schöne Rede gewinnt zusätzlich an Gewicht, da die Freiburger Nationalrätin die schwierige Aufgabe hatte, gleich nach CVP-Bundesrätin Doris Leuthard zu sprechen. Leuthard, Bulliards Vorgängerin als Präsidentin der Lauterkeitskommission, sprach ohne Skript über aktuelle Herausforderungen rund um die Kommunikation. Im Mittelpunkt stand der Umgang mit Big Data – etwa, was die SBB oder die Swisscom mit Kundendaten machen dürfen und was nicht. «Wir haben in der Schweiz keine Datenpolitik», sagte die Medienministerin.

Bulliard hatte vom Moderator des Anlasses, SP-Nationalrat Matthias Aebischer, eine knappe Redezeit zugewiesen erhalten. In ein paar Minuten wies sie auf das 50-jährige Bestehen der Lauterkeitskommission hin, erklärte deren Aufgabe und stellte sie in den heutigen Kontext.

«Braucht es die Lauterkeitskommission noch?», fragte Bulliard in die Runde im «Clé» und antwortete gleich: «Ich bin entschieden der Ansicht, dass es sie braucht.» Der Wettbewerb in der Wirtschaft müsse spielen, komme aber ab und zu an die Grenzen der Irregularität, und da würden die Empfehlungen der Lauterkeitskommission auf hohe Akzeptanz stossen. Nicht umsonst hiess sie früher Ehrengericht.

Christine Bulliard nutzte die Gelegenheit, die anwesenden Nationalräte für ihre parlamentarische Initiative zu gewinnen, die am Folgetag im Rat debattiert werden sollte. Im Vorstoss verlangt sie, dass beim Entstehen eines Gesetzes systematisch geprüft werden soll, ob nicht Selbstregulierung anstelle eines Gesetzes greifen könnte und möglicherweise gar effizienter wäre. Die Lau-

terkeitskommission stehe als Paradebeispiel dafür.

Der Auftritt vor der Parlamentsgruppe macht hungrig. Bulliard war direkt aus der nahrhaften Debatte über die Ernährungssicherheit vom Bundeshaus ins «Clé» gekommen. Ein informeller Anlass, wie er während einer Session fast täglich und in mehreren Berner Lokalen stattfindet. Ein Mittagessen liegt da nicht drin. «Stehlunches sind sehr häufig geworden», so Bulliard.

Immerhin gibt es auch bei kleinen Häppchen kulinarische Entdeckungen: Ragoutwürfel an scharfer Sauce, ein Gebäck mit Lachs oder eine süsse Dessertcreme. Und vor allem bietet der Stehlunch die Gelegenheit, sich zu jenen Personen zu gesellen, mit denen man noch etwas bereden wollte. So bespricht Christine Bulliard mit dem Sekretär der Lauterkeitskommission einige Punkte zu den bevorstehenden Jubiläumsveranstaltungen und mit CVP-Fraktionschef Filippo Lombardi ihre parlamentarische Initiative.

Dem Tessiner Ständerat hat Bulliard ihr Amt als Präsidentin der Lauterkeitskommission zu verdanken. Nach Leuthard hatte Pascale Bruderer (SP) dieses Amt inne, bis sie es aufgrund ihres Nationalratspräsidiums abgeben musste. Zwei Jahre war das Präsidium verwaist, als Lombardi Bulliard anfragte und ihr sagte, er könne sich sie für das Amt vorstellen. Er ist Präsident der Stiftung für Lauterkeit in der kommerziellen Kommunikation.

Wir sagen, was unlautere Werbung ist.

Christine Bulliard-Marbach
Nationalrätin CVP

“

«Um Gottes willen: Was ist das?», hat Bulliard sich da gefragt. Wie sie sagt, hat sie nie zuvor mit der Werbebranche zu tun gehabt. Lombardi aber meinte, dass sie die Werte für dieses Amt mitbringe.

«Enormes Sparpotenzial»

In der Kommission arbeitet Christine Bulliard mit Fachleuten zusammen. Die Nationalrätin ist kein Mitglied der drei Kammern, welche die Beschwerden prüfen und Empfehlungen aussprechen. «Aber als Präsidentin kann ich jederzeit an den Kammersitzungen teilnehmen», sagt sie.

Die Lauterkeitskommission ist nicht direkt mit dem Parlamentsbetrieb verbunden, dennoch wird diese nun schon zum dritten Mal hintereinander von einer Frau aus dem Parlament präsidiert. Dass das Präsidium einem Mitglied des Bundesparlaments zufällt, macht für Bulliard Sinn.

Bundesrätin Leuthard sagte am Anlass am Mittwoch, 10 Milliarden Franken würden in der Schweiz jährlich für Regulierung aufgewendet. Christine Bulliard meinte darauf: «Auf Bundesebene herrscht ein enormes Sparpotenzial durch Selbstregulierung.»



Die frühere und die heutige Präsidentin der Lauterkeitskommission: Bundesrätin Doris Leuthard (l.) und Christine Bulliard. Bilder Charles Ellena

Die Lauterkeitskommission: Empfehlungen, nicht Urteile

Die Schweizerische Lauterkeitskommission (SLK) setzt sich seit 1966 für die Lauterkeit in der kommerziellen Kommunikation ein – von der Werbung über Direct Marketing und Sponsoring bis zu Public Relations. So beschreibt die SLK in einer Broschüre ihren übergeordneten Auftrag. «Effizient und unbürokratisch schützt sie sowohl die Rechte der Konsumentinnen und Konsumenten als auch die berechtigten Ansprüche der Wirtschaft auf einen fairen Wettbewerb», heisst es. Die SLK bezeichnet sich als «einzige aussergerichtliche Institution im Bereich Konsumentenrecht in der Schweiz». Vergleichbare Gremien sind der Schweizer Presserat sowie die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen.

Grundsätzlich steht die SLK für alle Personen und Institutionen offen, die den Eindruck haben, auf unlautere Werbung gestossen zu sein. Sie können Beschwerdeformulare über die Website oder per Post anfordern, ausfüllen und einreichen.

Das Sekretariat der Lauterkeitskommission nimmt eine erste Sichtung der Beschwerden vor und sendet sie dann in die Vernehmlassung. Dabei kann der Beklagte zur Beschwerde Stellung nehmen. Danach kommen die mehr oder weniger umfangreichen Dossiers zur Beurteilung in eine der drei Kammern der SLK. In Kammersitzungen mit gewählten Mitgliedern und Fachleuten aus den

Bereichen Konsumentenschutz, Werbung, Marketing, Recht oder vom Staatssekretariat für Wirtschaft werden Pro und Kontra abgewogen. In der Regel erfolgen die Beschlüsse einstimmig.

Die SLK schreibt dann eine Empfehlung und stellt sie den betroffenen Parteien zu. Es handelt sich dabei nicht um durchsetzbare Urteile. Dennoch geniessen die Empfehlungen der SLK eine grosse Anerkennung. Sämtliche Empfehlungen sind nach einer Rekursfrist auf der Website mit unkenntlich gemachten Namen publiziert. Einige beispielhafte Fälle werden auch gegenüber den Medien kommuniziert.

Die SLK sieht in diesem Vorgehen folgende Vorteile: Der Zugang ist einfach und bequem, eine Beurteilung erfolgt schnell und ist kostenlos, die Fachleute vereinen viel Know-how, die Kommission ist unabhängig und neutral, es geht eine wirksame Selbstkontrolle von ihr aus, Gerichte werden entlastet und die Bürokratie wird vermindert.

Der Lauterkeitskommission stehen die Präsidentin sowie ein Vizepräsident vor, dazu ist ein juristischer Sekretär angestellt. Den Kammern zur Beurteilung der Beschwerden gehören total rund 20 Fachleute an. Pro Jahr beurteilen sie etwa 100 Beschwerden, rund die Hälfte wegen aggressiver Telefonwerbung. Das Budget beläuft sich auf 250 000 Franken; eine Stiftung unter dem Vorsitz von Ständerat Filippo Lombardi ist für die Mittel zuständig. *uh*



Aktenstudium im Schatten der drei Eidgenossen.

Zur Serie

Einblick in die Arbeit im Bundeshaus

Mit der neuen Legislatur wollen die FN die Arbeit der Freiburger Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier verstärkt sichtbar machen. Wie sieht die Kommissionsarbeit aus? Was heisst Lobbying? Solche Fragen sollen be-

antwortet werden, indem die FN jeden Parlamentarier einmal pro Jahr bei einem wichtigen Anlass begleiten. Diese Woche haben die FN CVP-Nationalrätin Christine Bulliard-Marbach und FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois (FN von gestern) begleitet. *mir*